

Dr. Manfred Sohn
Landesvorsitzender

Goseriede 8
30159 Hannover

Telefon 0511 - 92 45 910
Telefax 0511 - 92 45 911

landesbuero@dielinke-nds.de
www.dielinke-nds.de

Sparkasse Hannover
Konto-Nr. 590 606
BLZ 250 501 80

DIE LINKE Niedersachsen, Gosseriede 8, 30159 Hannover

BI Umweltschutz
Rosenstraße 20
29439 Lüchow

Hannover, 10.01.2013

Lieber Martin Donat,
lieber Wolfgang Ehmke,
liebe Bürgerinitiative Umweltschutz,
liebe Mitstreiter_innen im Kampf gegen Gorleben und die Atomwirtschaft,

vielen Dank für die Übersendung Ihrer Fragen im Vorfeld der Wahlen. Gerne möchte ich Ihnen im
Folgenden versuchen ausführlich zu antworten.

Gorleben beenden – jetzt!

DIE LINKE ist die einzige Partei, die auf allen Ebenen, in Bund, Land und Kommune klar gegen Gorleben Stellung nimmt. Von Gregor Gysi über Kurt Herzog bis Kerstin Rudex und zu mir sind die Äußerungen glasklar: Gorleben darf niemals Endlager werden. Es ist sofort und unwiderruflich vom zukünftigen Suchprozess einer verantwortlicher gestatteten Atomüll-Lager-Suche auszuschließen. Das Endlagersuchgesetz muss auf Eis gelegt werden, bis eine gesellschaftliche Debatte zu dem Thema Ergebnisse bringt, die dann gesetzlich umsetzbar sind. Unabhängige Wissenschaft muss gefordert und gefördert werden. Die von der Atomlobby einberufenen Lehrstühle sind nicht unabhängig und können keine gesellschaftlich relevanten Ergebnisse liefern. Sicherheit geht vor Ökonomie. An keiner Stelle ist das Argument der Finanzen als Kriterium anwendbar. Die Verursacher des Atomülls sollen grundsätzlich die Finanzierung der Verwahrung und alle bis dahin notwendigen Schritte tragen, bis dahin tritt der Staat in Vorkaufsleistung. Ich werde mein Möglichstes tun, um den Problemen rund um das Thema Gorleben und Atomkraft innerhalb der Partei DIE LINKE eine gebührende Wichtigkeit teil werden zu lassen und in enger Zusammenarbeit mit den Bürgerinitiativen jeweils Vorschläge ins Parlament einbringen. Gorleben muss als riesengroßer atompolitischer Skandal nach 36 Jahren endlich beendet werden, sonst hat ein Endlagersuchverfahren null Chance auf gesellschaftliche Akzeptanz, daran ändert auch ein Fast-all-Parteien-Konsens aus CDUSPDEDPGRÜNEN nichts.

Zukunftsrat

Für einen Zukunftsrat spricht, dass so ein Gremium parteien- und wahlunabhängig arbeiten kann. Der Deutsche Bundestag, der über ein Endlagersuchgesetz zu entscheiden hätte, ist größtenteils zu wenig und nicht differenziert genug informiert für Entscheidungen, die Dimensionen über 40.000 Generationen hinweg betreffen. Auch besteht die Gefahr, dass ein Endlager letztlich dorthin käme, wo am wenigsten Wähler_innenstimmen zu verlieren sind oder Schmiergelder am besten wirken. Ein Gremium, das mit unabhängigen, kompetenten Expert_innen und erfahrenen Individuen, gerade was die Problematiken der Atomwüllerverwahrung betrifft, besetzt wäre, könnte gesellschaftlich akzeptable Ergebnisse erarbeiten.

Ich warne jedoch davor, zu früh zu konstruktiv an die Sache heranzugehen. Erst einmal muss man aufräumen! Die atompolitischen Skandale Asse und Gorleben müssen ausgewertet werden und die Ergebnisse in die zukünftige Debatte einfließen. Eine bundesweite Atomwülldebatte, mit genug Zeit und Möglichkeiten, auch finanzieller Unterstützung, eines solchen breiten gesellschaftlichen Prozesses, muss vorher oder gleichzeitig stattfinden. Der unumkehrbare Atomausstieg und das Beenden des Gorleben-Projektes müssen ins Grundgesetz. Alle Atomkraftwerke müssen zuvor abgeschaltet werden. Es ist sehr wahrscheinlich, dass keine Gemeinde bereit sein wird, noch weiter anfallenden Atomwüll zu beherbergen. Die Möglichkeit, dass eine Einigung in der Frage der „Endlagerung“ in Sicht ist oder gar die Option der Auslandslagerung in Betracht gezogen wird, könnte zu erneuten Laufzeiterlängerungen der Atomkraftwerke führen. Das ist ethisch und moralisch abzulehnen. Auch wenn wir nie Atomkraft wollten, sind wir mit verantwortlich für die sicherst mögliche Verwahrung des Atomwülls. Wir wollen aber sicher sein, dass wir mit unserem Handeln nicht weiteren Atomkraft-Projekten, diesmal vielleicht unter dem Namen „Transmutation“ Vorschub leisten.

Stopp der Castortransporte

Es gibt kein Atomwüll-Konzept, derzeit wird nur vorgetäuscht, dass eine „Entsorgung“ stattfindet. Alle Atomwülltransporte gehören eingestellt. Sie dienen nur der Aufrechterhaltung des Betriebes der Atomwirtschaft. Da bis heute kein Mensch weiß, wie und wo Atomwüll gelagert werden könnte, sind alle Atomwülltransporte sinnlos, höchst gefährliche und kostspielige Unterfangen. Jeder weitere Castortransport nach Gorleben bedeutet ein weiteres Stück Festlegung auf den Endlagerstandort Gorleben und ist aus diesem Grunde nachdrücklich abzulehnen. Die diesbezügliche Beschlussfassung des Nds. Landtags von CDUSPDPGRÜNEN greift viel zu kurz. Verschiebebahnhöfe z.B. nach Ahaus oder Greifswald lehnen wir ab.

Überschrittene Strahlenwerte

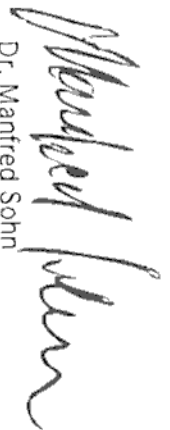
Der Grenzwert für Radioaktivität in Gorleben kann nur mit Schmutz und Betrug eingehalten werden. Der Niedersächsische Landesbetrieb für Wasserversorgung, Küsten- und Naturschutz (NLWK) hatte nach Messungen in Gorleben prognostiziert, dass der zulässige Strahlenwert von 0,3 Millisievert mit der Einlagerung weiterer 11 Behälter mit hochradioaktiven Abfällen 2011 überschritten würde. Der Wert für die Hintergrundstrahlung wurde ermittelt, als bereits bis zu 40 Castorbehälter in das Zwischenlager Gorleben eingelagert waren. Über die Ergebnisse der Messungen besteht Einvernehmen zwischen der Fachgruppe Radioaktivität und den Betreibern, der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS). Doch die

manipulierenden Berechnungsmethoden, die geschützt, gedeckelt und erzwungen von den Ministerien, angewendet werden, haben einzig den Zweck, weitere Einlagerungen von Castorbehältern in Gorleben rechtlich möglich zu machen. Die Castorhalle in Gorleben hat eine Einlagerungsgenehmigung für über 420 Behälter. Bereits im Jahre 2003, bis dahin waren erst 44 Castorbehälter eingelagert, wurde der Grenzwert von 0,3 mSv überschritten. Auch aus diesem Grund verbietet sich jede weitere Einlagerung von Castorbehältern in Gorleben. Gegebenenfalls sind weitere Klagen oder Strafanzeigen in Erwägung zu ziehen, wenn das Bundesamt für Strahlenschutz seine Einlagerungsgenehmigung nicht korrigiert und zurückzieht. Die Nordseehäfen haben vorgemacht, wie man Atommülltransporte unterbinden kann, indem sie Verbote ausgesprochen haben. Hier gibt es viel Spielraum auf Landesebene. Die überflüssigen und hochgefährlichen Castor- und MOX-Transporte müssen untersagt werden, auch die völlig unzureichenden Katastrophenschutzpläne für einen Atomunfall gebieten das Untersagen der Castortransporte durch die politischen Gremien.

PKA Betriebsgenehmigung entziehen

Die Pilot-Konditionierungsanlage darf niemals in Betrieb gehen. Bereits jetzt gibt es Grenzwertüberschreitungen am Zwischenlager Gorleben und eine Vielzahl von Krebsfällen unter Kindern und Jugendlichen im Landkreis Lüchow-Dannenberg, deren Ursache nicht geklärt ist. Ebenso eine Verschiebung im Geschlechterverhältnis der Neugeborenen. Im 5 km Umkreis der Atomanlagen Gorleben werden 19,5% weniger Mädchen geboren. All dies sind Alarmsignale der bereits stattfindenden Schädigungen durch Radioaktivität. Die Auswirkungen der Strahlung sind nicht bis ins letzte Detail geklärt, aber es ist in Fachkreisen unumstritten, dass jedes noch so kleine Maß an Radioaktivität in der Lage ist, eine Krebserkrankung auszulösen, völlig unabhängig von willkürlich festgesetzten Grenzwerten. Wenn nun zu den bestehenden Strahlenbelastungen noch der Betrieb der PKA käme, mit weiteren radioaktiven Emissionen, dann sind die Folgen für die Menschen in der Region unabsehbar. Eine Umkehr der Beweislast, also die Auflage für Atombetriebe, nachzuweisen, dass Leukämien und Krebserkrankungen in der unmittelbaren Umgebung nicht auf den Betrieb der Atomanlage zurückzuführen sind, soll gesetzlich verankert werden. Die Landesregierung ist in dieser Frage als Atom-Aufsichtsbehörde gefragt. Hier lässt sich Glaubwürdigkeit der Politik prüfen. Die Betriebsgenehmigung der PKA ist zu entziehen. Erpressbarkeiten durch Schadensersatzforderungen dürfen hier keine Rolle spielen. Politik muss unabhängig sachgerecht entscheiden. Es braucht gute Anwält_innen, um mögliche Schadensersatzforderungen abzuwenden. Und es braucht eine Debatte um neue ethische Maßstäbe. Ein Atomunternehmen hat nicht das Recht, auf Kosten der Gesundheit der Bevölkerung Profite zu machen. Auch die wirtschaftliche Vorherrschaft der Atomkonzerne gehört auf den Prüfstand und die über 35 Milliarden Euro Rückstellungsgebühren, die steuerfrei angesammelt wurden, in einen öffentlich rechtlichen Fonds überführt. Zudem ist die gesamte Haftungsregelung unverzüglich realen Verhältnissen anzupassen.

Mit freundlichen Grüßen,



Dr. Manfred Sohn